

AUSTRIAN FORUM FOR PEACE POLICY BRIEF, NO. 3/2025



Autorin

Sophia Stanger, MA, BA - Zuständige für Environmental Peacebuilding und Senior Project Managerin am ACP

AUSTRIAN FORUM FOR PEACE POLICY BRIEF, NO. 3/2025

Supported by:



Coverfoto: Designed by [Freepik](#)

IMPRESSUM

Österreichisches Friedenszentrum (ACP)

Rochusplatz 1, 7461 Stadtschlaining, Österreich, ZVR: 074731184

Telefon: +43 3355 2498, Fax: +43 3355 2662, E-Mail: ac4p@ac4p.at

www.ac4p.at | [acp_schlaining](#) | [f](#) ACP.Schlaining | [in](#) acpschlaining

WARUM KLIMA, ÖKOLOGIE UND FRIEDENSPOLITIK ZUSAMMENDENKEN?

Klima, Ökologie und Konflikte hängen auf vielfältige Weise zusammen. Die dreifache planetare Krise - Klimawandel, Natur- und Biodiversitätsverlust sowie Umweltverschmutzung und Abfall - zerstört weltweit Lebensgrundlagen. Dadurch entstehen neue Konflikte, etwa um immer knapper werdende Ressourcen, und bestehende Konflikte verschärfen sich, insbesondere in fragilen und instabilen Regionen.

Ökologische und Klimaaspekte können dabei eine Ursache für Konflikte sein (z.B. Konflikte um knappes Wasser) oder als Verstärker von Konflikten wirken (z.B. Extremwetterereignisse, die politische und humanitäre Krisen verschärfen). Dabei sind klimatische und ökologische Faktoren eng mit anderen sozioökonomischen und politischen Konflikttreibern verbunden.

Zudem können gewaltsame Konflikte direkte, schwere Umweltzerstörungen und zusätzliche Emissionen verursachen, mit schwerwiegenden Folgen für alle Lebewesen. Auch Militarisierung und Aufrüstung verursachen einen hohen Ausstoß an Emissionen, den Verbrauch von knappen Ressourcen und treiben dadurch die Klimakrise weiter an. Gleichzeitig sind Staaten in gewaltsamen Konfliktsituationen weniger in der Lage, sich Umwelt- und Klimaschutz zu widmen – wodurch notwendiges Handeln verzögert oder depriorisiert wird. Wird an

der Schnittstelle von Ökosystemen und Konflikten nicht gehandelt, steigt somit sowohl das Risiko von Gewalt als auch das einer beschleunigten planetaren Krise.

International werden diese Wechselwirkungen (in unterschiedlichen Ausprägungen) von den Vereinten Nationen, z.B. in „A New Agenda for Peace“¹, von der Europäischen Union, z.B. in der „Gemeinsamen Mitteilung über den Nexus von Klima und Sicherheit“², als auch von anderen regionalen und internationalen Organisationen (z.B. AU, OSZE,...) anerkannt. In Österreich weisen z.B. die „Österreichische Sicherheitsstrategie“³ und das „Risikobild 2025“⁴ auf diese Zusammenhänge hin.

FRIEDEN, EIN STABILES KLIMA UND GESUNDE ÖKOSYSTEME GEMEINSAM FÖRDERN

In Zeiten der planetaren Krise gilt es, dass Fragen der Sicherheit, des Friedens, des Klima und der Ökologie nicht gegeneinander ausgespielt, sondern gemeinsam betrachtet und beantwortet werden. Das Austrian Centre for Peace (ACP) tut dies durch den Ansatz des „Environmental Peacebuilding“.

¹ Vereinte Nationen (2023): Our Common Agenda. Policy Brief 9. A New Agenda for Peace.

² Europäische Kommission (2023): Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat/Eine neue Perspektive auf den Klima-Sicherheits-Nexus. <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/EU/150650>

³ Bundeskanzleramt (2024): Österreichische Sicherheitsstrategie - Bundeskanzleramt Österreich. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/sicherheitspolitik/sicherheitsstrategie.html>

⁴ Bundesministerium für Landesverteidigung (2025): Risikobild 2025. https://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/risikobild_2025.pdf

Environmental Peacebuilding beleuchtet die Zusammenhänge zwischen Umwelt, Klima, Frieden und Sicherheit und sucht nach Ansätzen, die gleichzeitig Frieden, die Stabilität des Klimas und gesunde ökologische Systeme fördern.

PERSPEKTIVEN ÖSTERREICHISCHER STAKEHOLDER

Die planetare Krise ist eine globale Krise, die global koordinierte Antworten braucht. Dennoch wirkt sie sich lokal unterschiedlich aus. Auch Sicherheit und Frieden haben eine starke internationale Dimension – brauchen aber Ansätze auf nationaler und lokaler Ebene, um tatsächlich wirksam zu werden. Österreich ist von der planetaren Krise sowie von Unsicherheit in unterschiedlichsten Facetten betroffen. Dort, wo Klima, Ökologie und Friedenspolitik aufeinandertreffen, braucht es einerseits eine konkretere Analyse der aktuellen Risiken, andererseits auch Antworten, welche Handlungen österreichische Stakeholder setzen sollten, um diese Risiken zu mindern.

Aus diesem Grund hat das ACP Expert*innen aus den Bereichen Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Rahmen eines **Workshops am 16. Oktober 2025** zusammengebracht, um aktuelle Herausforderungen im Bereich Klima, Ökologie und Friedenspolitik zu diskutieren, und

um mögliche Ansätze zu formulieren.⁵ Dieses Papier stellt die Workshopergebnisse dar, die im Zuge einer Umfrage vorab erhoben, und während des Workshops weiter erarbeitet wurden, und liefert damit einen Beitrag zur aktuellen Debatte rund um Ökologie und Friedenspolitik.

WELCHE AKTUELLEN HERAUSFORDERUNGEN GIBT ES AUS ÖSTERREICHISCHER PERSPEKTIVE?

Aus einer österreichischen Perspektive sind insbesondere jene Herausforderungen relevant, die ...

1. die Bevölkerung in Österreich direkt betreffen,
2. sich aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen indirekt auf Österreich auswirken, und
3. durch Österreichs Kompetenzen und Positionierung beeinflussbar sind – und damit besondere Verantwortung mit sich bringen.

Aktuell sollten folgenden Herausforderungen besondere Aufmerksamkeit gelten:

⁵ Teilgenommen haben Mitarbeiter*innen und Vertreter*innen von: Allianz für Klimagerechtigkeit, Austrian Centre for Peace, Bundesjugendvertretung, Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Landesverteidigung, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, CARE Österreich, Horizont3000, Landesverteidigungsakademie, KONTEXT – Institut für Klimafragen, Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz, Pilgrim, Universität Graz, Wirtschaftskammer Österreich

Herausforderung 1: Nicht-Handeln oder unzureichendes Handeln angesichts der planetaren Krise & Verschleppung des Klima-/Friedensdiskurses aufgrund anderer Prioritäten:

Trotz eindeutiger wissenschaftlicher Evidenz zu den Auswirkungen der planetaren Krise, sowie zahlreicher Studien zu deren sicherheitspolitischen Risiken, bleiben politische Maßnahmen in Österreich häufig unzureichend oder werden aufgrund kurzfristiger wirtschaftlicher und geopolitischer Prioritäten verschleppt. Diese Untätigkeit steht im Widerspruch zu den Empfehlungen führender Expertengremien wie dem Weltklimarat (IPCC), aber auch von Formaten der Bürger*innen-Beteiligung (z.B. österreichischer Klimarat), die seit Jahren auf die Dringlichkeit transformativer Maßnahmen hinweisen.

Hinzu kommen schrumpfende finanzielle Handlungsspielräume, während die ökonomischen und ökologischen Kosten des Nichthandelns exponentiell steigen.⁶ Fehlende Transparenz über die langfristigen Konsequenzen politischer Entscheidungen erschwert zudem gesellschaftliche Verständigung und Verantwortungsübernahme. Dabei werden die positiven Potenziale einer ambitionierten Klima- und Friedenspolitik – etwa, dass Arbeitsplätze entstehen, die lokale Wirtschaft gestärkt⁷

und die internationale Kooperation gefördert wird – häufig übersehen.

Herausforderung 2: Risiken durch aktuelle Konflikte mit einer starken ökologischen/Klima-Dimension

Aktuelle bewaffnete Konflikte weisen zunehmend eine starke Klima- und Umweltdimension auf. Globale Rivalitäten um Ressourcen, die für die Energie- und Mobilitätswende essenziell sind, steigen. Während Österreich und die EU ihre Strategien zur Rohstoffsicherung intensivieren,⁸ besteht die Gefahr, dass kurzfristige wirtschaftliche Interessen langfristige Friedens- und Nachhaltigkeitsziele untergraben. Der Fokus auf die Bewältigung akuter Krisen birgt zudem das Risiko, dass präventive Ansätze zur Konfliktvermeidung vernachlässigt werden. Konflikte mit einer ökologischen Dimension in Drittstaaten können zudem indirekte sicherheitspolitische Rückwirkungen auf Europa haben, etwa durch instabile Lieferketten.

Diese Konflikte wirken auch auf andere Gesellschaftsbereiche. Ungleichheiten zwischen und innerhalb von Gesellschaften verschärfen sich, wenn der Zugang zu Ressourcen ungleich verteilt bleibt oder Gewinne aus „grünen“ Investitionen nicht fair verteilt werden. Hinzu kommen gezielte Desinformationskampagnen und die hohe Komplexität auf Akteursebene, die eine faktenbasierte, kooperative Außen- und Umweltpolitik erschweren.

⁶ Stagl, S. (2025) Zusammenfassung: Die ökonomischen Kosten der Untätigkeit im Klimaschutz in der Europäischen Union. https://cdn.table.media/assets/zusammenfassung_bericht_was_kostet_uns_der_klimawandel_stagl_gruene_2025.pdf

⁷ KONTEXT (2024): Studie: Ökologisierung der Industrie stärkt Wirtschaftsleistung und senkt Energiepreise. <https://7a4f4455-c23b-dotsandlines-cloud.at/inhalte/studie-zukunftsaehige-industrie-politik/>

⁸ z.B. Europäische Kommission, „Critical Raw Materials Act“, 2023

Herausforderung 3: Bedrohung der Sicherheit in Österreich durch Klimawandelfolgen

Extremwetterereignisse wie Hochwasser, Dürren, Stürme und Hitzewellen treten immer häufiger und intensiver auf und haben weitreichende Folgen. Die Zerstörung kritischer Infrastruktur, Ernteaussfälle und steigende Gesundheitsbelastungen führen zu hohen volkswirtschaftlichen Kosten und gefährden die soziale Stabilität. In Österreich sind Regionen besonders betroffen, die abhängig von Landwirtschaft sind sowie jene mit starkem Tourismusbezug – etwa das Alpengebiet, wo Gletscherschmelze, Schneemangel und Hangrutschungen sowohl ökologische als auch ökonomische Risiken bergen. Neben den direkten Auswirkungen innerhalb Österreichs kann auch klimabedingte Migration infolge globaler Krisen neue gesellschaftliche Spannungen hervorrufen, wenn Prävention, Integration und Kommunikation unzureichend koordiniert sind.

Herausforderung 4: Sicherheitsrisiken in Österreich durch fossile Abhängigkeiten

Obwohl Österreich seine eigene Stromerzeugung schon zu einem großen Teil auf erneuerbare Energien umgestellt hat, bleibt im Gesamt-Energiesektor (Transport, Wärme, Industrie) die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen groß. Nach wie vor importiert Österreich mehr als viermal so viel Energie, wie es exportiert – ein Großteil davon

Öl, Gas und Kohle.⁹ Öl kommt z.B. aus Kasachstan, Libyen oder dem Irak.¹⁰ Und obwohl Österreich kein Rohöl und kein Gas aus Russland mehr importiert, ist es z.B. bei Treibstoffen indirekt von russischem Öl abhängig.¹¹ Durch die engen Verflechtungen mit z.B. autoritären Staaten kann diese Abhängigkeit als politisches und wirtschaftliches Druckmittel gegen Österreich verwendet werden („weaponisation“). Auch neue Abhängigkeiten können entstehen, u.a. durch den Import von Flüssiggas, z.B. aus den USA, oder von seltenen Erden, die für die Energiewende dringend benötigt werden und oft aus Konfliktgebieten stammen. Die derzeitigen Lieferketten beinhalten auch Risiken wie Preisschwankungen, die sich auf Industrie und Haushalte auswirken¹². Fossile Energieinfrastrukturen sind zudem oft stark zentralisiert, wie Pipelines oder Raffinieren, und bieten ein leichteres Ziel für (Cyber-)Angriffe.

Weitere Herausforderungen: Migration, Klimawandelanpassungen & Umweltkonflikte in Österreich

Neben den bereits beschriebenen Herausforderungen, gilt es noch folgende weitere zu beachten:

⁹ BMWET (2025): Energie in Österreich Zahlen, Daten, Fakten.

<https://www.bmwet.gv.at/Services/Publikationen/publikationen-energie/zahlen.html>

¹⁰ ORF (15. September 2025): Woher Österreich sein Öl bezieht.

<https://orf.at/av/video/onDemandVideo14984>

¹¹ BMWET (2025): Erdöl. <https://www.bmwet.gv.at/Themen/Energie/Versorgungssicherheit/erdoel.html>

¹² KONTEXT (2024): Preisschocks: Fossile Energie gefährdet Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Sicherheit. <https://7a4f4455-c23b-dotsandlines-cloud.at/inhalte/preisschocks-fossile-energie/>

- Klima- und Umweltveränderungen führen zu **Migration und Vertreibung**,¹³ wodurch auch Österreich verstärkt Ziel- oder Transitland von Menschen werden kann, die vor den Folgen von Dürren, Überschwemmungen oder Ernteeinbußen fliehen.¹⁴
- Durch die notwendige **Anpassung an den Klimawandel**, wie den Ausbau erneuerbarer Energien – etwa im Bereich Photovoltaik, Windkraft oder Elektromobilität – entstehen neue geopolitische Abhängigkeiten, etwa durch die Importe seltener Erden und anderer kritischer Rohstoffe.
- Gleichzeitig zeigen sich innerhalb Österreichs **wachsende gesellschaftliche Spannungen** rund um Klima- und Umweltfragen. Klimaschutz wird zunehmend zu einem polarisierenden politischen Thema, was sich z.B. in Debatten über legitime Protestformen, oder die genaue Ausgestaltung von Klimaschutz zeigt.
- Auf lokaler Ebene entstehen Konflikte rund um **Artenschutz** – etwa beim Umgang mit Wolf und Biber – sowie um Maßnahmen zur Förderung der Energiewende, der Biodiversität und **Renaturierung**,¹⁵ wie sie etwa in der EU-Renaturierungsverordnung vorgesehen sind.

WAS KANN ÖSTERREICH TUN?

Österreichische Akteur*innen können sich auf vielfältige Weise im Bereich Ökologie & Frieden positionieren und engagieren, und somit Frieden und Sicherheit fördern, die Folgen der plane-

taren Krise mindern und eine nachhaltige und friedliche Zukunft mitgestalten. Hier folgt eine Auswahl an Ansätzen, die Akteur*innen in ihren jeweiligen Handlungsbereichen setzen können. Dabei ist eine gesamtstaatliche Koordination wichtig.

1. Formale politische Ansätze

- Friedensdiplomatie mit Klima/Umweltfokus: Österreich als Vermittler
- Stärkere Einbindung von Klima, Frieden und Sicherheit in die österreichische Außenpolitik
- Erarbeitung/Überarbeitung von Policies und Strategien (z.B. Klima & Umweltthemen in der Österreichischen Sicherheitsstrategie verstärken)
- Stärkeres Engagement zum Nexus Klima, Umwelt, Frieden und Sicherheit in internationalen Organisationen
- Stärkeres Engagement für Abrüstung
- Stärkeres Engagement für zivile Konfliktbearbeitung

2. Zivilgesellschaftliche Ansätze

- Beteiligung an (internationalen) Netzwerken zum Thema
- Förderung/Implementierung lokaler Friedensprojekte mit Umwelt- und Klimadimension in Österreich
- Förderung/Implementierung lokaler Friedensprojekte mit Umwelt- und Klimadimension im Ausland

3. Ansätze in Forschung & Wissenschaft

- Ausbau von praxisrelevanter Forschung zum Thema Ökologie & Frieden
- Politikberatung zu Klima, Umwelt, Frieden und Sicherheit

4. Ansätze in der Wirtschaft

- Aufbau von alternativen und nachhaltigen Wirtschaftsmodellen, die soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte gleichermaßen berücksichtigen
- Förderung von Innovationen und neuen Ge-

¹³ Clement, Viviane; Rigaud, Kanta Kumari; de Sherbinin, Alex; Jones, Bryan; Adamo, Susana; Schewe, Jacob; Sadiq, Nian; Shabhat, Elham. 2021. Groundswell Part 2: Acting on Internal Climate Migration. World Bank. <http://hdl.handle.net/10986/36248> License: CC BY 3.0 IGO.

¹⁴ Hoffmann, R., Abel, G., Malpede, M., Muttarak, R., & Percoco, M. (2024). Drought and aridity influence internal migration worldwide. Nature Climate Change DOI: [10.1038/s41558-024-02165-1](https://doi.org/10.1038/s41558-024-02165-1)

¹⁵ ACP (2025): Konfliktfall Renaturierung. <https://www.aspr.ac.at/top-navigation/publikationen/policy-briefs/>

schäftsmodellen im Bereich Umwelt, Klima und Friedensförderungen

- Wirtschaftliche Aktivitäten mit negativen Folgen für Umwelt, Klima und Frieden einstellen

5. Öffentliche Finanzierung

- Subventionen in klima-/umweltschädliche Maßnahmen einstellen
- Finanzierung von Environmental Peacebuilding Projekten im Inland (z.B. Integration bei Projekten im Bereich Energiewende, Biodiversität, Klimawandelanpassung,...)
- Finanzierung von Environmental Peacebuilding Projekten im Ausland (z.B. durch Gelder des Auslandkatastrophenfonds, der Entwicklungszusammenarbeit oder der internationalen Klimafinanzierung)

6. Allgemein: Stärkere Verantwortung übernehmen zur Minderung der planetaren Krise

- Konsequenteres Handeln zur Einhaltung der Klimaziele
- Mehr Maßnahmen zur Anpassung an Folgen der planetaren Krise

Empfehlungen, diese Ansätze konkret umzusetzen:

Die Gruppe an Expert*innen hat im gemeinsamen Workshop folgende Empfehlungen erarbeitet, wie österreichische Stakeholder den genannten Herausforderungen begegnen können:

Empfehlung 1: Vom Nicht-Handeln zum Handeln

Um vom Nicht-Handeln zum aktiven Handeln zu gelangen, sollte zunächst positives Handeln sichtbar gemacht und

beworben werden – auch dann, wenn die Politik zögert oder keine klaren Schritte setzt. Gleichzeitig gilt es, die Folgen des Nicht-Handelns darzustellen und die Konsequenzen daraus zu kommunizieren. Eine breit angelegte Bildungsoffensive kann helfen, die positiven Chancen von Klimaschutz – etwa im Zusammenhang mit Migration und dem Fachkräftebedarf – hervorzuheben und gesellschaftliches Engagement zu stärken. Mehr Transparenz kann auch durch die aktive Nutzung des Informationsfreiheitsgesetzes geschaffen werden. Dadurch können mehr Menschen Einblick in Entscheidungsprozesse und Protokolle aus jenen Fachgremien erhalten, die im Zuge des Bundeskrisensicherheitsgesetzes eingerichtet wurden. Außerdem sollten sich Zivilgesellschaft und Wirtschaft stärker gegenseitig miteinbeziehen. Das kann Synergien zwischen ökonomischen und gesellschaftlichen Interessen fördern.

Empfehlung 2: Einsatz für Frieden in internationalen Umwelt- und Klimakonflikten

Der wirksame Einsatz für Frieden in internationalen Umwelt- und Klimakonflikten beginnt mit einem ganzheitlichen Verständnis des engen Zusammenhangs („Nexus“) zwischen Klima, Ökologie, Sicherheit und Frieden. Dafür muss das Bewusstsein in Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit gezielt geschärft und komplexe Zusammenhänge in leicht verständlicher Form aufbereitet und vermittelt werden. Fortbildungsangebote – etwa durch die Verwaltungsakademie des Bundes, dem ACP und anderen Organisationen mit Expertise

– sowie die Verankerung des Themas in der Schulbildung könnten das notwendige Verständnis fördern. Österreich sollte seine Rolle als Vermittler wieder stärker wahrnehmen, und sich im Bereich Klima- und Umweltdiplomatie international engagieren. Zudem braucht es Netzwerke und Plattformen, die den (inter)nationalen Austausch zwischen einer Vielzahl an Akteuren ermöglichen, sowie gezielte Budgetmittel, um bilaterale Kooperationen in den Bereichen Humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Friedensarbeit, und Klimaschutz zu stärken. Internationale Energie- und Infrastrukturprojekte sollten verpflichtenden Assessments und Safeguarding-Verfahren unterzogen werden, um Konfliktsensibilität sicherzustellen. Auf politischer Ebene ist eine stärkere Integration dieser Themen notwendig – etwa durch die Überarbeitung der Österreichischen Sicherheitsstrategie (ÖSS), die Erstellung eines nationalen Aktionsplans (NAP) zu Youth, Peace and Security sowie die Aktualisierung des NAP zur Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 um eine Klimadimension. Schließlich sollte Österreich sich dafür einsetzen, dass marginalisierte Gruppen aktiv in Friedens- und Umweltbemühungen eingebunden werden.

Empfehlung 3: Innere Sicherheit in Zeiten von Klimawandelfolgen ganzheitlich stärken

Für ganzheitliche innere Sicherheit ist die enge Zusammenarbeit zwischen neuen und bestehenden Akteur*innen notwendig – von Versicherungen und der Landwirtschaft über Katastrophen-

schutzeinrichtungen wie Feuerwehr und Rettungsdienste bis hin zum Bundesheer. Ein modernes Sicherheitsverständnis integriert naturbasierte Lösungen, etwa beim Hochwasserschutz, und setzt auf vorausschauende Infrastrukturplanung, die zukünftige Risiken von Katastrophen für Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsnetze miteinplant. Gleichzeitig gilt es, Expertise im Katastrophenschutz auszubauen. Resilientes Bauen, das kreislauffähig ist und auf Entsiegelung setzt, kann gezielt als Qualität „Made in Austria“ vermarktet werden. Dafür braucht es frühzeitige Investitionen. Desinformation soll mit Maßnahmen wie Informationskampagnen, Medienbildung und Dialogformaten auf lokaler Ebene entgegengetreten werden. Darüber hinaus sollten Anpassungen an klimabedingte Veränderungen – etwa in der Landwirtschaft, bei Anbaumethoden oder Produktpaletten – aktiv thematisiert und begleitet werden. Auch hier muss Konfliktsensibilität bei Anpassungsmaßnahmen wie Renaturierung oder Landnutzungsänderungen integraler Bestandteil der Sicherheits- und Planungspolitik sein, um Spannungen zu mindern und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Empfehlung 4: Österreichische Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern verbessern

Zentrale Maßnahmen, um Österreichs Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern zu vergrößern, sind Informationskampagnen, Druck auf die Politik und wirtschaftliche Anreize. Klimaschädliche Subventionen müssen ein-

gestellt werden¹⁶. Eine Diversifizierung der Energiequellen sowie die Mobilisierung von EU-Investitionen für grüne Technologien können die Resilienz des Energiesystems deutlich erhöhen. Gleichzeitig ist ein kultureller Wandel notwendig – weg von einem Narrativ der Verteidigung der eigenen Ressourcen, hin zu einem zukunftsgerichteten Selbstverständnis Österreichs als „Grünes Powerhouse“, das Nachhaltigkeit als strategische Stärke begreift. Damit die Energiewende wirtschaftlich tragfähig bleibt, müssen langfristige Planungsrahmen, stabile rechtliche Bedingungen und verlässliche Investitionsanreize geschaffen werden, um Unternehmen Sicherheit für den Transformationsprozess zu geben¹⁷. Österreich sollte sich zudem aktiv an Forschungsprojekten beteiligen, die klimagerechte Innovation vorantreiben. Schließlich kann auch der Ausbau von Recyclingkapazitäten für seltene Erden in Österreich einen wichtigen Beitrag leisten, um Abhängigkeiten zu verringern und eine zirkuläre, nachhaltige Energiezukunft zu fördern. Auch bei diesen Maßnahmen ist Konfliktsensibilität wichtig: Die Energiewende sollte partizipativ geplant und Konflikte professionell mediert werden, um Akzeptanz zu sichern und lokale Spannungen zu vermeiden.

¹⁶ KONTEXT (2024): So geht die Reform der klimaschädlichen Subventionen im Verkehrssektor. <https://kontext-institut.at/inhalte/reform-klimaschaedliche-subventionen-verkehrssektor/>

¹⁷ Kapitel 8: Transformation Pathways. In: APCC (2025): Second Austrian Assessment Report on Climate Change (AAR2). D. Huppmann, M. Keiler, K. Riahi, H. Rieder (Hg.). Austrian Academy of Sciences Press, Vienna, Austria. <https://aar2.ccca.ac.at>

Österreichisches Friedenszentrum (ACP)

Rochusplatz 1, 7461 Stadtschlaining, Österreich

Telefon: +43 3355 2498, Fax: +43 3355 2662, E-Mail: ac4p@ac4p.at

www.ac4p.at | [@acp_schlaining](https://www.facebook.com/ACP.Schlaining) | [f ACP.Schlaining](https://www.facebook.com/ACP.Schlaining) | [inacpschlaining](https://www.facebook.com/ACP.Schlaining)